

Im Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht nachlassen – Demokratie stärken

Ausgelöst durch die unfassbaren Verbrechen, mit denen die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) in Verbindung gebracht wird, ist in der Bundesrepublik eine Debatte über braunen Terror und Rechtsextremismus entbrannt. Auch wenn es momentan glücklicherweise noch keine Hinweise auf eklatantes Versagen von Sicherheitskräften wie in Thüringen, Hessen und Sachsen gibt, so haben wir doch auch in Brandenburg allen Grund zur Sorge und Wachsamkeit.

Im Süden Brandenburgs hat sich das Neonazi-Netzwerk „Spreelichter“ organisiert, in Zossen hatten wir 2010 Aufmärsche der „Freien Kräfte Teltow-Fläming“ u.a. zum Holocaust-Gedenktag und den Brandanschlag gegen das Haus der Demokratie in Zossen zu beklagen, die Neonazi-Szene in Potsdam macht anhaltend durch rassistische und gewalttätige Aktivitäten von sich reden und die NPD und die Jungen Nationaldemokraten versuchen alles, um in Brandenburg Fuß zu fassen.

Insbesondere die Stadt Neuruppin, wo es bislang weder Strukturen noch nennenswerte Wahlergebnisse für Rechtsextreme gab, ist in letzter Zeit in den Focus von Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet gelangt. Am 27. März 2010 fand ein Aufmarsch der sogenannten „Freien Kräfte“ statt, der durch ein großes Demokratiefest der Zivilgesellschaft beantwortet wurde. Am 9. Juli dieses Jahres konnte eine Demonstration von Rechtsextremen durch eine überwältigende Gegendemonstration verhindert werden. Auch am 24. September forderte ein erneuter Neonaziaufmarsch die Zivilgesellschaft heraus. Im August kam es zur Gründung eines Stadtverbandes der NPD und als traurigen Höhepunkt musste die Stadt am 12. November trotz Gegenwehr aufgrund richterlicher Entscheidung den NPD-Bundesparteitag hinnehmen.

Rechtsextremismus ist keinesfalls ein alleiniges Problem der östlichen Bundesländer. Die rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung gehen insgesamt zurück, allerdings ist mit über einem Drittel der Brandenburger die Ausländerfeindlichkeit bei uns immer noch erschreckend hoch. Wenn jetzt Ministerpräsident Platzeck die Befürchtung äußert, aus der Nazi-Terror-Debatte dürfe kein neues Ost-West-Thema werden, so ist das sicher nicht falsch. Grundfalsch wäre es aber, aus Rücksicht vor einem Imageschaden des Landes, wegen Wettbewerbsnachteilen bei der Tourismusförderung oder der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe rechtsextremistische Vorgänge unter den Teppich zu kehren und nicht schonungslos aufzuklären.

Die beste Prävention gegen Rechtsextremismus ist aktiv gelebte Demokratie

Rechtsextreme haben dort Erfolge, wo eine politische Kultur fehlt. Wo das Engagement gerade auch jüngerer Leute in demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden, Bürgerinitiativen und Vereinen fehlt und die skeptische Distanz zu unserer Demokratie immer

stärker wächst, da haben sie leichtes Spiel. Die Stärkung demokratischer Beteiligung und interkultureller Kompetenz sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Prävention von Gewalt und Rechtsextremismus. Schon in der frühkindlichen Bildung muss vermittelt werden, dass die Würde eines Menschen unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Geburtsort, Sprache, Aussehen und Religion unbedingt zu achten ist.

Die jetzt wieder verstärkt diskutierten Maßnahmen wie NPD-Verbot, Verbunddateien oder Terrorabwehrzentralen werden das Problem alleine nicht lösen. Die Feinde der Demokratie kann man nur bekämpfen, indem man die Demokratie stärkt. In Gemeinwesen mit einer lebendigen, pluralistischen, politischen Kultur haben Rechtsextreme keine Chance.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRANDENBURG fordern, dass

- der im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ eingeschlagene Weg konsequent und mit entsprechenden finanziellen Ressourcen auch des Landes fortgesetzt wird. Wir erwarten, dass funktionierende Strukturen wie bspw. die Mobilen Beratungsteams ggf. auch von Landesseite abgesichert werden.
- die sogenannte Zivilgesellschaft, wie sie sich jüngst exemplarisch in der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ und dem Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ engagiert hat, gestärkt wird.
- die Kriterien, nach denen die Strafverfolgungsbehörden Straftaten als solche mit ausländerfeindlichem, antisemitischem oder rassistischem Hintergrund bewerten und berichten, offengelegt werden, damit eine Abstimmung der verschiedenen geführten Statistiken möglich wird. Das Justizministerium soll dem Landesparlament jährlich über diese Strafverfahren und ihren Ausgang berichten und damit den Bericht des Innenministeriums, der lediglich die Sicht des Verfassungsschutzes wiedergibt, ergänzen.
- dem Landesparlament berichtet wird, inwieweit Neonazis aus Brandenburg in die aktuell bekannt gewordenen länderübergreifenden rechtsextremen Aktivitäten eingebunden sind
- der Bund statt Einzelprogrammen wieder ein Bundesprogramm gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismus mit entsprechender finanzieller Ausstattung schafft, kurzfristig fordern wir zumindest die Streichung der sogenannten „Extremismusklausel“.